

Erklärung des Vorstands von ISOR e.V. aus Anlass des Weltfriedenstages am 1. September 2011

Seit nunmehr 60 Jahren wird in Deutschland (zunächst in der DDR, einem Beschluss des Weltfriedensrates, seit 1957 auch in der BRD, einer Initiative des DGB folgend) der 1. September als »Weltfriedenstag«, als »Tag des Friedens« oder (andere Bezeichnung gleichen Sinnes) als »Antikriegstag« begangen, – mahnend erinnernd an den 1. September 1939, dem Tag des Überfalls des faschistischen Deutschland auf Polen und damit des Beginns des 2. Weltkrieges.

Diesen Gedenktag zugleich mit besonderem Blick auf den 70. Jahrestag des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion in Erinnerung zu rufen und der Mahnung des Schwurs von Buchenwald gedenkend »**Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg**« sehen wir uns als gewählte Vertreter von mehr als 20.000 ehemaligen Angehörigen der Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR im Jahr 2011 um so mehr in der Pflicht, als der Weltfrieden mehr denn je bedroht ist. Das veranlasst uns zur Wortmeldung.

Aus beruflicher Erfahrung und eigener Sachkunde sehen wir uns in moralischer Verantwortung, an die mahnenden Worte Bert Brechts an den Völkerkongress für den Frieden 1952 in Wien zu erinnern:

»Das Gedächtnis der Menschheit für erduldetes Leiden ist erstaunlich kurz. Ihre Vorstellungsgabe für kommende Leiden ist fast noch geringer. Und doch wird nichts mich davon überzeugen, dass es aussichtslos ist, der Vernunft gegen ihre Feinde beizustehen. Lasst uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde. Lasst uns die Warnungen erneuern, und wenn sie schon wie Asche in unserem Munde sind. Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind. Und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller

Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.«

Frieden ist kein Geschenk, Frieden muss auch heute wieder täglich neu errungen werden. Zwei verheerende Weltkriege und schier unzählige sogenannte lokale Militäraktionen erlebten wir im 20. Jahrhundert und erleben wir bis in die Gegenwart.

Wir sehen mit Besorgnis die steigende militärische Beteiligung deutscher Streitkräfte an Kriegen in anderen Ländern – oft abwegelnd Friedenseinsätze genannt. Mit der Umwandlung der Bundeswehr in eine Berufsmarine wird deren Interventionsfähigkeit weiter erhöht. Die Teilnahme deutscher Streitkräfte an neueren Kriegseinsätzen wurde bereits angekündigt. Die Welt wird das sicherlich nicht als Friedensbotschaft deutscher Militärpolitik wahrnehmen.

Es beunruhigt uns, dass eine Mehrheit des Bundestages entgegen dem Willen einer Bevölkerungsmehrheit dieser Antifriedenspolitik immer wieder ihre Zustimmung gibt und die humanitären und friedenssichernden Vorschläge der Fraktion der Partei DIE LINKE immer wieder und oft aus sichtbar engstirnigem, parteipolitischen Kalkül abschmettert.

Wir registrieren mit gleicher Sorge den verstärkten Waffenhandel deutscher Konzerne, auch in Krisengebiete. Die Beförderung dessen durch aktives Regierungshandeln statt seiner Unterbindung halten wir für friedensgefährdend und bedrohlich.

Wir befürworten den Ausstieg aus der Atomenergie, halten die Debatten darum aber, solange wie gleichzeitig Atombomben in Deutschland lagern, für einseitig und blauäugig. Abgesehen davon, dass ihr Abzug friedenssichernde Signalwirkungen in der Welt hätte: Das Teufelszeug muss weg, und zwar aus grundsätzlicher Sicherheitserwägung! Unser Vertrauen in die Fähigkeit der zuständigen Organe auch der USA zu einem wirksamen Schutz von entspre-

chenden Objekten hält sich aus guten Gründen und aktueller Erfahrung in engen Grenzen und bestärkt das Gefühl der Sicherheit nicht.

Es ist ein Gebot der Zeit, dass heute von deutscher Politik längst fällige Lehren aus der Schuldbelastung zweier verhängnisvoller Kriege und der damit verbundenen tragischen Folgen für die Völker der Welt gezogen werden. Deutschland ist in der Pflicht, ein Initiator des Friedensgedankens für die Menschen unserer Erde zu werden. Wir fordern eine nachhaltige deutsche Friedenspolitik.

Wir bitten unsere Mitglieder und Sympathisanten sowie deren Familien und Freundeskreise, bei künftigen Wahlen sowohl im Bund als auch zu den Landtagen, keiner Partei und keinem Kandidaten auf Listen einer Partei die Stimme zu geben, die nicht kompromisslos für die sofortige Beendigung von Kriegen eintreten, den internationalen Waffenhandel befördern oder dulden und nicht alternativlos friedliche Konfliktlösungen in der Welt betreiben.

Wir bitten unsere Freunde, sich aktiv auch mit ihrem Fachwissen in die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen einzubringen, die sich dem Friedensgedanken verpflichtet haben. Friedenspolitik braucht keine Milliarden für Aufrüstungsprogramme, sondern finanzielle Mittel für die Beseitigung von Hunger und Armut in der Welt und von sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung. Friedenspolitik braucht die Bereitschaft zu Solidarität und Gerechtigkeit zwischen Menschen und Staaten, nicht die Bereitschaft zu Gewalt und Verfolgung. Friedenspolitik braucht uns, denn auch die Schaffung des inneren Friedens in Deutschland ist ein Friedensbeitrag und ein richtiger Schritt zur nachdrücklich geforderten Lösung der vom Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen in diesem Jahr angemahnten offenen Fragen der Diskriminierung und Benachteiligung von vielen Hunderttausend Betroffenen in Deutschland.

Wir bitten unsere Mitglieder, so wie es schon seit 20 Jahren gute Tradition in unserer Gemeinschaft und auch von unserer letzten Vertreterversammlung ausdrücklich erneut bekräftigt worden ist, im Rahmen ihrer individuellen Möglichkeiten durch persönliche Aktivitäten unseren gerechten Kampf weiter zu unterstützen. Wir rufen erneut ehemalige Mitarbeiter der Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR auf, soweit sie noch nicht Mitglied von ISOR sind, sich auch in wohlverstandener Eigeninteresse unserer Organisation anzuschließen, in unserer Solidargemeinschaft für Frieden und soziale Gerechtigkeit im Lande einzutreten und das auch durch eigene Mitgliedschaft und Aktivität zu dokumentieren. □

Recht und Politik beim Dienstbeschädigtenausgleich

Dr. Rainer Rothe, stellv. Vorsitzender

Anspruchsberechtigte auf Dienstbeschädigtenausgleich (DBA) haben in den vergangenen Wochen von ihrem jeweiligen Versorgungsträger Bescheide erhalten, mit denen ihre Leistungen zum 01.07.2011 angepasst wurden. Bekanntermaßen erfolgt das analog der Anpassung der Renten. Die Bescheide sagen nichts darüber aus, dass darin neben einer Anpassung nach Art der Renten auch ein beachtlicher Erfolg im Kampf gegen Rentenungerechtigkeit im Grunde und der Höhe des Anspruchs steckt.

Erinnern wir uns: Das AAÜG hatte den Empfängern von Renten wegen Alters und Erwerbsminderung sowie von Vorruhestandsgeld und befristeter erweiterter Versorgung die Entschädigung für erlittene Dienstbeschädigungen entzogen. Diese offensichtliche Ungleichbehandlung haben viele nicht hingenommen und gemeinsam mit dem Anwaltsbüro zahlreiche Verfahren geführt, die von ISOR begleitet wurden. Wäre es aus ideologischen Gründen nach dem Willen des Gesetzgebers gegangen, blieben auch weiterhin die Personen benachteiligt, die zur Festigung und Erhaltung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung der DDR beigetragen haben. 1997 hatte der Gesetzgeber halbherzig den Dienstbeschädigtenausgleich eingeführt und wie kaum anders zu erwarten, blieben selbst davon die ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS ausgeschlossen.

Eine Wende war aber dann der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 21.11.2001, mit dem die Regelungen des AAÜG über Dienstbeschädigungsteilrenten für verfassungswidrig erklärt wurden, und das ausnahmslos. Das BVerfG konnte keinen Grund erkennen, die Angehörigen aller Sonderversorgungssysteme ungleich gegenüber den Beziehern von Unfallrenten zu behandeln. Anders natürlich diejenigen, denen die Anwendung rechtsstaatlicher Regelungen auf Angehörige des MfS von vornherein ausgeschlossen erscheint. Da war schnell die Rede von »Opferverhöhnung« und »Verwirkungsklausel«, denn die Dienstbeschädigung sei ja im Rahmen eines »übergeordneten Unrechtsgeschehens« erfolgt.

So glaubte man, das BVerfG unterlaufen zu können. Letztendlich enthält das Gesetz eine Unwürdigkeitsklausel, wonach Leistungen für Dienstbeschädigungen gekürzt oder aberkannt werden können, wenn die Dienstbeschädigung

im Zusammenhang mit Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit und Menschlichkeit erlitten wurde. Ein solcher Fall ist allerdings bisher noch nicht bekannt geworden. (Zu Details des Dienstbeschädigtenausgleichsgesetzes siehe auch **ISOR aktuell** 5/2006)

Nicht nur nebenbei bemerkt: Nach dem Bundesversorgungsgesetz erhalten auch Angehörige der Wehrmacht, von Polizeibataillonen aber auch der Waffen SS – Entschädigungen für Gesundheitsschäden, die sie aufgrund ihres Dienstes während der NS Diktatur erlitten haben (aus der Antwort der Bundesregierung 17/6270 auf die Kleine Anfrage 17/5740 der Fraktion DIE LINKE).

Lässt man die restriktive Gewährung auf Nachzahlung, die sich allerdings an einer geänderten Rechtsauffassung des BVerfG orientiert, außer Acht, blieb immer noch die Tatsache, dass im Osten Anspruch auf eine geringere Versorgungsleistung besteht als im Westen. Das ist nach unserer Auffassung grundgesetzwidrig. ISOR hat deshalb gemeinsam mit dem Anwaltsbüro eine erhebliche Anzahl von Betroffenen in Musterverfahren auf dem Weg über die Instanzen der Sozialgerichtsbarkeit bis zum Bundessozialgericht begleitet und erreicht, dass das BSG mit Beschluss vom 05.06.2007 und erneut am 07.10.2010 dem BVerfG die Frage zur Entscheidung vorgelegt hat, die in all ihrer juristischen Schönheit hier zitiert werden soll:

Ist § 2 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über einen Ausgleich für Dienstbeschädigungen im Beitrittsgebiet (DbAG) in seiner Neufassung durch Artikel 6 Nr. 3 Buchstabe a des Gesetzes zur Änderung von Vorschriften des Sozialen Entschädigungsrechts und des Gesetzes über einen Ausgleich für Dienstbeschädigungen im Beitrittsgebiet (nachfolgend: SER/DbAG-ÄndG) vom 19. Juni 2006 (BGBl I 1305), nach welcher der Dienstbeschädigtenausgleich in Höhe der Grundrente nach § 31 iVm § 84a Satz 1 des Bundesversorgungsgesetzes (BVG) in dessen Neufassung durch Art 1 des SER/DbAG-ÄndG geleistet wird, insofern mit den rechtsstaatlichen Geboten der Normenklarheit und Justiziabilität vereinbar, als sich mittels der Verweisung in § 84a Satz 1 BVG der monatliche Wert des Dienstbeschädigtenausgleichs aus den Maßgaben des Einigungsvertrages in Anlage 1 Kapitel VIII Sachgebiet K Abschnitt III Nr. 1 Buchstabe a Abs.

1 Satz 1 (Regelung 4) und Abs. 2 bestimmt, in denen angeordnet wird:

«Die in § 31 Abs. 1 in der jeweils geltenden Fassung genannten Deutsche Mark-Beträge sind mit dem Vomhundertsatz zu multiplizieren, der sich aus dem jeweiligen Verhältnis der verfügbaren Standardrente (§ 68 Abs. 3 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch) in dem in Artikel 3 des Vertrages genannten Gebiet zur verfügbaren Standardrente in dem Gebiet, in dem das Bundesversorgungsgesetz schon vor dem Beitritt gegolten hat, ergibt.

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung gibt den maßgebenden Vomhundertsatz und den Veränderungstermin jeweils im Bundesanzeiger bekannt.»

Damit war das rechtlich Mögliche getan und eine von uns erwartete positive Entscheidung stand bevor.

Eine sehr überraschende und zumindest teilweise Lösung erfolgte mit dem »Gesetz zur Änderung des Bundesversorgungsgesetzes und anderer Vorschriften« vom 28.06.2011. Es ist kaum anzunehmen, dass nunmehr aus eigenem Antrieb mehr Rechtsstaatlichkeit für Berechtigte aus dem Osten verfügt werden sollte, die Gründe sind ausschließlich in einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs zu finden (EuGH Urteil vom 04.12.2008 – C-221/07). Dieser hatte im Rahmen eines Rechtsstreits einer Witwe eines Kriegsoffiziers gegen das Land Baden – Württemberg zur Zahlung von Leistungen verpflichtet. Der Rechtssatz dazu lautet:

»Art. 18 Abs.1 EG ist dahin auszulegen, dass er der Regelung eines Mitgliedstaates entgegensteht, nach dem dieser Staat die Zahlung bestimmter Leistungen für hinterbliebene Ehegatten von Kriegsoffizieren allein deshalb verweigert, weil die Betroffenen im Gebiet einiger bestimmter Mitgliedstaaten wohnen.«

Die Bundesregierung konnte nun nur noch als Problem und Ziel bestimmen: »Nach dem Urteil des EuGH ... muss die Auslandsversorgung und –fürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz europakonform geregelt werden.« Als einzige Lösung kam sie nicht umhin zu bestimmen, dass ab dem 01. Juli 2011 in den alten und den neuen Ländern die gleichen Leistungshöhen im Sozialen Entschädigungsrecht gelten. Im nüchternen Gesetzestext liest sich das für die Berechtigten auf Dienstbeschädigtenausgleich dann so:

»§ 84a

Die Maßgabe nach Anlage I Kapitel VIII Sachgebiet K Abschnitt III Nummer 1 Buchstabe a in Verbindung mit Artikel 3 des Einigungsver-

➤ ➤ ➤ Fortsetzung von Seite 2

trages ist ab dem 01.07.2011 nicht mehr anzuwenden.«

Ein schöner Erfolg, der auch deshalb von Bedeutung ist, da sich die Bundesrepublik europäischer Rechtsprechung nicht verschließen

kann, auch wenn das von nach politisch – ideologischen Kriterien urteilenden Kräften so angestrebt wird. Es ist sicherlich nicht abwegig, wenn wir auch bei der Problematik daran denken, dass jüngst seitens des Sozialrates der UNO die BRD herbe Kritik bei der Verwirklichung der Menschenrechte einstecken musste.

Es wird nun abzuwarten sein, wie das Bundesverfassungsgericht den Vorlagebeschluss des BSG behandeln wird. Die Neuregelung gilt ab 01.07.2011, die Entscheidung über die Zahlung des ungekürzten Dienstbeschädigungsausgleichs für die Vergangenheit wird abzuwarten sein. □



Am 17.06.2011 trafen sich die Mitglieder der TIG **Bischofswerda** und deren Ehepartner zur Feier aus Anlass des 20. Jahrestages der Gründung unserer ISOR in einer wunderschönen Wald- und Jagdgaststätte. Zu Beginn wurden die eingeladenen Ehrengäste, das Mitglied des Beirates von ISOR Dr. Dieter Lehmann und das Mitglied des Vorstandes von ISOR und Landesbeauftragter für Sachsen, Horst Eismann herzlich begrüßt.

Nach der Begrüßung sprach Freund Horst Eismann über aktuelle politische Aufgaben und Zusammenhänge in unserem Kampf gegen Sozialabbau und zur Beseitigung der uns aufgezwungenen Straffrente. Er überbrachte auch die besten Kampfesgrüße vom ISOR-Vorstand Berlin.

Im Anschluss sprach der Vorsitzende der TIG Bischofswerda über Erfolge unserer Arbeit und auch über Dinge die noch nicht so richtig laufen, besonders die Mitgliedergewinnung. In seinen Ausführungen ging er speziell auf die durch die Mitgliederversammlung beschlossene Willenserklärung aus der Mitgliederversammlung vom 12.12.2009 in Auswertung der Vertreterversammlung von ISOR ein. Diese Willenserklärung ist heute noch so aktuell wie zum damaligen Zeitpunkt.

Im Anschluss wurden Mitglieder der TIG für ihre jahrelange aktive Arbeit mit Präsenten geehrt und es wurde allen gedankt, die sich für die Betreuung von Mitgliedern einsetzen. Besonderer Dank wurde auch an die Genossen der ehemaligen Volkspolizei gerichtet, die uns nach wie vor in unserem gerechten Kampf zur Seite stehen und uns bedingungslos unterstützen. In dieser Veranstaltung wurde auch an diejenigen Mitglieder gedacht, die maßgeblichen Anteil an der Gründung und der Formierung unserer TIG hatten und jetzt nicht mehr unter uns weilen.

Ebenso Dank gebührt den Frauen, die im Vorstand der TIG mitarbeiten bzw. Ehepartnerinnen von Vorstandsmitgliedern, die kostenlos

selbstgebackenen Kuchen für alle Anwesenden bereitstellten. So wurden dann bei Kaffee und Kuchen Erfahrungen im gemeinsamen Kampf, über persönliche Erinnerungen und Erlebnisse ausgetauscht.

Dieter Rosenkranz

★

Als Höhepunkt im 20. Jahr unserer TIG **Schwerin** war die Mitgliederversammlung am 6. Juli langfristige vorbereitet: Ein Tag der Würde, der Solidarität und des Optimismus. Bis auf den letzten Platz gefüllt war der Saal im »Lindengarten«. Viele Mitglieder drängte es dabei zu sein, Verbundenheit zu demonstrieren und Danke denjenigen zu sagen, die sich in besonderer Weise um die Entwicklung unserer TIG und die Durchsetzung unserer Vereinsinteressen verdient gemacht haben. Zu solchen Anlässen lädt man sich gerne Gäste ein. Herzlich begrüßten wir Vertreter aus den regionalen Verbänden der GBM, der GRH, des BRH, des DBwV – Kameradschaft Ost, der Partei DIE LINKE und unseren stellvertretenden Vereinsvorsitzenden Prof. Dr. Horst Bischoff. Mit gespannter Aufmerksamkeit wurde seinen Ausführungen gefolgt, der wesentliche Etappen unseres Sozialvereins im Ringen um die Beseitigung des Rentenstrafrechts, soziale Ausgrenzung und Diskriminierung darstellte. Tatsache ist, dass die Beharrlichkeit und Berechenbarkeit unseres Handelns von vielen mit Respekt bedacht wird. ISOR – und hierin eingebettet unsere TIG – ist eine gut organisierte sozialpolitische Kraft und im Territorium mit anderen Sozialverbänden stabil vernetzt. Auch hier sind – bei allen respektierten Unterschieden – Rechtsstaatlichkeit und Solidarität tragende Säulen. Unser Hauptziel – die Beseitigung des Rentenstrafrechts – haben wir noch nicht erreicht; jedoch für viele der ehemaligen Angehörigen der Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR Verbesserungen erkämpft.

Ausführlich erläuterte Prof. Bischoff die aktuellen Aufgaben in der politischen und juristischen Auseinandersetzung mit dem Herr-

schaftssystem, um die Wertneutralität im bundesdeutschen Rentenrecht wiederherzustellen. Volle Zustimmung fand sein Resümee, dass ISOR hierzu unbeirrt und mit aller gebotenen Konsequenz den abgesteckten Weg bis zu einer höchstrichterlichen Entscheidung verfolgen wird. Die dafür erforderlichen neuen rechtserheblichen Tatsachen liegen gutachtlich vor und werden bei anhängigen Verfahren bereits eingebracht. Dabei sollte stets bedacht sein, dass in dieser angeblich so demokratischen BRD Recht nichts anderes ist, als der zum Gesetz erhobene Wille der politisch Herrschenden.

TIG-Vorsitzender Lothar Voigt skizzierte sodann anschaulich Gründung, Entwicklung und Wirkung unserer TIG. 22 Mitglieder, die sich langjährig im Vorstand und/oder bei der Betreuung unserer 39 Gruppen besondere Verdienste erworben haben, zeichnete er mit einem Buchpräsent aus. Viel Applaus unterstützte die öffentliche Würdigung dieser ehrenamtlichen Tätigkeit. Nicht vergessen die 97 Mitglieder unserer TIG, die ihre Hoffnung und berechtigte Erwartung auf eine gerechte Rente ins Grab mitgenommen haben.

Dank stetiger Neuwerbung hat die TIG ihren Mitgliederbestand konstant um 380 gehalten.

Gerd Böttger, Fraktionsvorsitzender der Partei DIE LINKE in der Stadtvertretung Schwerin, gratulierte der TIG zu ihrem Jubiläum und versicherte ISOR die prinzipielle politische Unterstützung ihres gerechten Kampfes, denn »Rentenstrafrecht ist die Spitze der sozialen Ungerechtigkeit in dieser BRD«.

Nach gemeinsamem Kaffeetrinken sorgte der professionelle Auftritt des Mecklenburgischen Drehorgelorchesters dafür, dass einvieltimmiger Chor sangesfreudiger ISOR-Mitglieder den Saal in eine Tonhalle verwandelte. Als »Dessert« beendete anschließend ein (teilnehmerfinanziertes) Abendessen die Veranstaltung, die vielen neue Impulse für nicht nachlassende Aktivitäten geben wird. **Karl Bachmann**

★

➤ ➤ ➤ Fortsetzung auf Seite 4

➤ ➤ ➤ Fortsetzung von Seite 3

Am 30.6.2011 hatten wir Prof. Dr. Bischoff, stellv. Vorsitzender von ISOR zu unserer festlichen Mitgliederversammlung der TIG Rostock eingeladen, um aus berufenem Mund den gegenwärtigen Stand des juristischen Kampfes gegen das Rentenstrafrecht zu erfahren.

Als Gäste nahmen von der GBM Rostock, Alfred May, den Rotfüchsen Rostock, Harry Machals und der Partei DIE LINKE Kreisvorstand Rostock, Dr. Carsten Penzlin als Vertreter von Prof. Dr. Wolfgang Mehtling sowie der Landesbeauftragte Siegfried Felgner teil.

Unserer Einladung waren auch Vertreter der TIG Ribnitz-Damgarten, Kühlungsborn, und Stralsund gefolgt. Etwa. 350 Freundinnen und Freunde unserer TIG waren anwesend.

Der Vorsitzende unserer TIG, Helmut Grohmann, zog in seinen Ausführungen eine positive Bilanz, weil sich viele Mitglieder engagieren und Verantwortung übernehmen. Dass wir dabei auch nach 20 Jahren den Rentenfrieden noch nicht endgültig herstellen konnten sollte uns nicht entmutigen. Die Erfahrungen der letzten 20 Jahre haben uns immer wieder gezeigt: Es bleibt uns nur der Rechtsweg. Wenn wir in unserem Kampf den Rechtsweg verlassen, dann haben wir diesen Kampf verloren. Tun wir alles dafür, dass uns der Kampfeswille nicht verloren geht.

Wenn 20 Jahre Solidarität und eine große Einsatzbereitschaft von vielen Mitgliedern gezeigt wurden, ist das in erster Linie ein Verdienst der Gruppenbetreuer und aller Freundinnen und Freunde, die sich für unseren Verein einsetzen. Von den 47 Betreuern/Kassierern der TIG sind einige bereits über 10 Jahre und mehr für ihre von 5 bis zu 43 Mitglieder starken Gruppen tätig. Die monatliche Verteilung von **ISOR aktuell** ist nur eine Seite der Arbeit. Die Betreuer stehen als Ansprechpartner unseren Vereinsmitgliedern immer mit Rat und Tat zur Seite.

Das ist selbstloser Einsatz und Solidarität in Aktion, wie es von diesen ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe praktiziert wird. Alle diese und andere Aufgaben werden mit einer Selbstverständlichkeit und in großer Bescheidenheit erfüllt. Dafür gilt allen unser Respekt und ein »DANK« für den selbstlosen Einsatz.

Viele unserer Mitglieder sind oder waren seit Jahren aktiv in der TIG Rostock tätig. Zu viele, um alle auf dieser Veranstaltung würdigen zu können. Daher wurden stellvertretend 15 Mitglieder, alle im 80 Lebensjahr und darüber, ausgezeichnet.

Leider konnte der Kreisvorsitzende der Rostocker Linken nicht an unserer Veranstaltung teilnehmen. Er schickte uns eine Grußadresse.

Prof. Dr. Horst Bischoff, stellvertretender Vorsitzender von ISOR, machte in seinen Ausführungen die bisherigen Erfolge von ISOR deutlich. Er verwies darauf, dass wir nach 20 Jahren noch immer im Rechtsstreit sind und im Zentrum unserer Arbeit die juristische Arbeit bleibt. Für viele Mitglieder ist ISOR schon mehr als nur Kampf um die Rente, ISOR ist politische Heimat geworden. Wir befinden uns in der letzten Etappe unseres Kampfes.

Helmut Grohmann bekam von Prof. Bischoff in Anerkennung seiner Arbeit in der TIG Rostock ein Buch überreicht.

Aus der Arbeit des Vorstandes:

Zu dem Verfahren zu § 6 Abs. 2 Ziff. 4 vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bekräftigte der Vorstand, dass dieses von ISOR solidarisch begleitet wird.

★

Der Vorstand nahm mit Befremden zur Kenntnis, dass es seitens führender Gremien der Bundesrepublik Deutschland nach nunmehr einem Jahr keinerlei Reaktion auf die Erklärung ehemals leitender Angehöriger der Ministerien des Innern, für Nationale Verteidigung und für Staatssicherheit der DDR gegeben hat. Für den Herbst 2011 wird der ISOR-Vorstand den gleichen Teilnehmerkreis zu einer weiteren Beratung einladen.

★

Dr. Rainer Rothe informierte darüber, dass die anhängigen Gerichtsverfahren zu §§ 6 und 7 AAÜG noch nicht terminiert sind.

AG Recht informiert:

Zum Abschluss des Petitionsverfahrens zur Berücksichtigung gezahlter Zulagen und Zuschläge

Eine Vielzahl von Freunden insbesondere aus dem Bereich des Mdl/Volkspolizei hat sich an den Petitionsausschuss des Bundestages gewandt und die Umsetzung der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zur Berücksichtigung der in der DDR gezahlten Zulagen und Zuschläge als Arbeitseinkommen für die Rentenberechnung, gefordert.

Die Antwort des Petitionsausschusses liegt nun in Form einer Ablehnung vor. Dagegen ist kein Rechtsmittel möglich.

Damit sind die anhängigen ruhenden Antragsverfahren bei den Versorgungsträgern,

Den kulturellen Rahmen gestaltete der Chor »Nadeschda«. Russische Volkslieder erklangen und zum Abschluss das bekannte niederdeutsche Lied »Dat du min Leevsten büst«. Alle Veranstaltungsteilnehmer »unterstützten« bei diesem Lied den Chor. Vielen Dank an »Nadeschda«.

AG Öffentlichkeitsarbeit

★

In Vorbereitung des 20.Jahrestages der Gründung von ISOR stellte sich die Leitung der TIG Salzwedel die Aufgabe, verstärkt neue Mitglieder zu gewinnen.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Es wurden 10 neue Mitglieder gewonnen. Unser Dank gilt dem Team Fischbeck für das sehr gute Ergebnis.

Leitung der TIG Salzwedel

Klage- und Berufungsverfahren bei den Sozial- und Landessozialgerichten nicht beendet, letztendlich wird eine Entscheidung des Bundessozialgerichts Klarheit schaffen.

In ISOR aktuell wird im September 2011 ausführlich Stellung genommen und Anregung für die weitere politische Arbeit insbesondere auf Länderebene gegeben.

Bei anderen gelesen:

Rentenwert Ost auch für die Arbeitsleistung angleichen

»Wir unterstützen jegliche Bemühungen mit dem Ziel, den Rentenwert Ost endlich anzugleichen«, erklärte der Präsident des Sozial- und Wohlfahrtsverbandes Volkssolidarität, Prof. Dr. Gunnar Winkler, am Dienstag. »Wir begrüßen deshalb den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion, rechtliche Voraussetzungen zu schaffen, damit künftig pauschale Versicherungszeiten bei Ostdeutschen statt mit dem immer noch niedrigeren Rentenwert Ost (derzeit 24,37 Euro) mit dem aktuellen Rentenwert West (27,47 Euro) bewertet werden. Zu solchen Versicherungszeiten gehören Kindererziehungs- und Pflegezeiten, Zeiten des Wehr- und Wehrersatzdienstes sowie der Beschäftigung in Werkstätten für behinderte Menschen. Der Antrag ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.«

Winkler bezeichnete es als »unverständlich, warum Kindererziehung und Pflege von Angehörigen im Osten nach über 20 Jahren deutscher Einheit immer noch schlechter in der Rente bewertet werden als in den alten Ländern«. Die sofortige Angleichung des Rentenwerts Ost bei pauschal bewerteten Zeiten sei dringend notwendig. Das mache aber nur den kleineren

➤ ➤ ➤ Fortsetzung auf Seite 5

➤ ➤ ➤ Fortsetzung von Seite 4

★

Teil des Problems aus und sollte nicht aus einer Gesamtlösung herausgelöst werden, bei der die Lebensarbeitsleistung insgesamt berücksichtigt wird.

»Ansonsten besteht die Gefahr, dass es bei einer Berücksichtigung nur der pauschal bewerteten Zeiten bleibt, was sich in der Rentenleistung und auch bei künftigen Rentenansprüchen zwar positiv auswirken würde, allerdings nur mit recht niedrigen Beträgen. Dann blieben die durch Erwerbsarbeit erworbenen Ansprüche, also der gewichtigere Anteil der Rentenansprüche, außen vor. Das wäre aber nicht akzeptabel. Es geht um die Anerkennung der gesamten Lebensleistung der Ostdeutschen und nicht um die Verteilung von Almosen.«

Vor diesem Hintergrund forderte der Präsident der Volkssolidarität die SPD auf, sich klar zugunsten des ver.di-Vorschlags für eine schrittweise Angleichung des Rentenwerts Ost über steuerfinanzierte Zuschläge zu positionieren. Dieser werde auch von seinem Verband unterstützt. »Wenn die SPD ernsthaft eine Lösung will, die einen fairen Interessenausgleich aller Betroffenen und zwischen Ost und West ermöglicht, dann sollte sie sich zu diesem Schritt durchringen. Inzwischen wird dieser Vorschlag in weiten Teilen der Öffentlichkeit positiv bewertet. Dabei ist auch klar, dass die Vollendung der deutschen Einheit in diesem Bereich nicht zum Nulltarif zu haben ist. Die Volkssolidarität ist gern bereit, über offene Fragen miteinander zu sprechen und sie gemeinsam zu klären.«

(Aus: Pressemeldung 33/2011 der Volkssolidarität vom 19. Juli 2011)

Neues aus deutschen Propagandazentralen und unsere Antwort

Der Bundespräsident geißelt Misshandlungen und Wasserzellen im DDR-Gefängnis Hoheneck. Jahn schasst 47 bewährte Stasi-Mitarbeiter aus seiner Behörde. Knabe und Schaeffgen beraten tunesische Rebellen in Verfolgungs- und Erinnerungskultur. Brandenburg ernennt Diktaturbeauftragte. Enquetekommission untersucht Aufarbeitung der DDR-Aufarbeitung. CDU-Dombrowski kritisiert Stasi-Überprüfung in Brandenburg. Opferverbände verhindern Täves Ehrung. Knabes Kabinett wird für viel Geld weiter modernisiert.

So oder ähnlich lauteten oder könnten Schlagzeilen »unabhängiger« Medien lauten und noch erweitert werden. Alles geschehen in den letzten Wochen. Eine Steigerung dieser Art des Kalten Krieges ist zu erwarten. Der 13. August steht bevor, und schon langfristig wird aufgerüstet. Immerhin muss der 50. Jahrestag des »Mauerbaus« zum xten Male den »Beweis« liefern, dass die DDR Deutschland gespalten

hat und ein Staat war, in dem Unrecht und Unfreiheit herrschten. Da nach wie vor ein Großteil der Menschen, zumindest in Ostdeutschland, der offiziellen Propaganda nicht auf den Leim geht, Eltern und Großeltern den Kindern weiterhin Gutes über die DDR berichten, wird nach neuen Methoden der Indoktrination gesucht. Vor allem bei der Beeinflussung junger Leute. So wird an verpflichtende Gedenkstättenbesuche für Schüler gedacht, der Druck auf Schulen und Lehrer erhöht.

Zum Glück bewahren aber die meisten Menschen Ihre Würde und wollen ihr Leben nicht verleugnen. Wenn Druck und Einschüchterung auch immer größer werden. Und zum Glück gibt es viele, die sich diesem Meinungsterror offen widersetzen. Auch wir sind dazu angetreten und werden uns weder einschüchtern noch den Mund verbieten lassen. Den verordneten Lügen der Mächtigen setzen wir ein realistisches Bild über Vergangenheit und Gegenwart entgegen. Wie wir es seit vielen Jahren tun - sachlich und sachkundig, streitbar und offensiv. Auch zum 13. August 1961, der den Frieden rettete. (Hans Bauer). **(Aus GRH-Mitteilungen 7/11)**

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 27.07.2011

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 31.08.2011

Einstellung im Internet: 09.09.2011

Auslieferung: 15.09.2011

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. – Postfach 700423 – 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:
Jeden 1. und 3. Donnerstag d.M. von 15 bis 17 Uhr